

LAND TAGS KURIER



AUSGABE
7 | 25

Seite **7**

Fünf Jahre nach Corona:
Debatte zur Versorgung
von Long-Covid-Patienten

Seite **8**

Unterschiedliche Meinun-
gen über solidarische und
gerechte Rente

Seite **14**

Politologe Ivan Krastev
spricht in Chemnitz über
Europas Zeitenbruch



Sächsischer Landtag

LANDTAGSKURIER

AUSGABE 7|25

TITELBILD:
Pyramidenanschub im Landtag am 27. November 2025 mit der »NischelMusi« aus Chemnitz
Foto: N. Millauer



11



14



17



18



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Diers vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Bräde, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Niklas Hellfritsch, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 15.12.2025
Gastautoren: Carlos Teschke, Steffi Unger
(beide Sächsischer Landtag)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.



Foto: T. Schlorke

JUGEND

| | |
|---|----|
| »Verbotene Filme, vergessene Träume« | 17 |
| Filmreihe der Landesbeauftragten Dr. Nancy Aris zum Thema Kulturpolitik der DDR | 17 |
| Traditionen im Parlament | 18 |
| Tanne, Kranz und Pyramide stimmen auf das Weihnachtsfest ein | 18 |
| Packende Reden, kluge Debatten und emotionale Momente | 20 |
| Jugend-Redeforum schult die demokratische Meinungsäußerung | 20 |
| Der Vergangenheit auf der Spur | 22 |
| Jugendliche befassen sich mit der Geschichte ihrer Heimat | 22 |



Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Weihnachtszeit bietet jedes Jahr die Gelegenheit, auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Es gibt viele gute Gründe, diese Rückschau mit Dankbarkeit zu verbinden. Wir haben im Parlament vieles erreicht, das uns zuversichtlich stimmen kann. Ich denke insbesondere an die Verabschiedung des Doppelhaushalts für den Freistaat Sachsen. Angesichts der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen war die erzielte Einigung ein Erfolg. Mit den verfügbaren Mitteln haben wir im Parlament Schwerpunkte gesetzt, wichtige Strukturen in der Bildung, der inneren Sicherheit, im Sozialen oder beim Sport gestärkt, ohne dabei neue Schulden zu machen.

Zum Durchatmen bleibt allerdings nur wenig Zeit. Denn bereits in diesem Jahr werden wir den nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2027/28 beraten. Es braucht dann eine noch größere Kraftanstrengung, um Wachstum und Wohlstand zu sichern. Die entsprechenden Impulse können dabei nicht allein aus Dresden kommen. Auch die Bundesregierung in Berlin ist gefordert, ihren Weg der Reformen konsequent weiterzugehen. Wir benötigen jetzt mutige Entscheidungen, damit unser Land wirtschaftlich wieder Schwung holt. Das ist in den aktuellen Debatten des Landtags, unter anderem zur Rentenpolitik und zum Zustand der Wirtschaft, deutlich geworden.

Auch außerhalb der Plenartage herrschte in den vergangenen Monaten reges Treiben im Sächsischen Landtag. Beispielsweise füllten zahlreiche junge Menschen zu den Jugendgeschichtstagen den Plenarsaal mit Leben. Mir hat es wieder große Freude bereitet, mich mit den Jugendlichen zu unterhalten und ihre vielfältigen Geschichtsprojekte genauer kennenzulernen.

Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, wünsche ich für das neue Jahr viel Glück und Gesundheit sowie Gottes Segen. Nehmen wir die Dankbarkeit für alles Erreichte als Anlass, um mit Mut und Zuversicht nach vorn zu schauen, einen klaren Blick für das Wesentliche zu behalten und die kommenden Aufgaben gemeinsam anzupacken.

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags



Wohlstand am Kippunkt?

AfD fordert mehr Marktfreiheit und andere Energiepolitik

AfD: Kohleausstieg ist falsch

Die soziale Marktwirtschaft habe bisher immer für Wohlstand in Deutschland gesorgt, begann Frank Peschel (AfD) die Debatte. Heute stehe die deutsche Wirtschaft aber am Scheideweg, an dem man sich zwischen Marktfreiheit oder einem grünen Sozialismus entscheiden müsse. Letzterer sei ein Irrweg, der Wohlstand, Innovationskraft und Arbeitsplätze vernichte. Es sei vollkommen unverständlich, dass in Deutschland saubere Kohlekraftwerke per Gesetz abgeschaltet würden. Zugleich gelinge es der Staatsregierung nicht, die Milliarden aus dem Strukturstärkungsgesetz in wichtige Infrastrukturprojekte zu investieren. Die aktuelle Wirtschaftssituation in Sachsen sei zutiefst beunruhigend. Auch die Indus-

»Wohlstand für alle! Marktwirtschaft statt Bürokratie-Wahn und Klima-Sozialismus!« – unter diesem Titel fand am 3. Dezember 2025 die erste Aktuelle Debatte im Sächsischen Landtag statt. Die AfD-Fraktion möchte Hürden abbauen, um der Wirtschaft neue Impulse zu geben.

trie- und Handelskammern im Freistaat Sachsen würden Alarm schlagen, denn die Hälfte der sächsischen Firmen plane keine oder zurückgehende Investitionsausgaben.

CDU: Verunsicherung schadet der Wirtschaft

Keines der von der AfD verwendeten Schlagworte habe etwas mit jener Wirtschaftspolitik zu tun, die einst Ludwig Erhard im Sinn hatte, kritisierte Kay Ritter (CDU). Die Aufgabe unserer Zeit bestehe vielmehr darin, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft durch Wettbewerb und technologische Offenheit zu gestalten. Wohlstand

entstehe nicht durch Verunsicherung, wie die AfD sie verbreite, sondern durch Innovation. Zu den wirtschaftlichen Stärken Sachsens zählten Forschung und Innovation. Ausufernde Bürokratie koste hingegen Zeit und Geld. Deshalb müsse die Entbürokratisierung zu einer Staatsaufgabe werden. Es brauche einen Abbau von Vorschriften, eine funktionierende digitale Verwaltung sowie klare Kostenbegrenzungen für neue Gesetze.

BSW: Wohlstand falsch verteilt

Ralf Böhme (BSW) ging der Frage nach, was unter »Wohlstand für alle« zu verstehen sei. Seiner

Meinung nach basiere dieser auf den Prinzipien unternehmerischer Freiheit, des Privateigentums und des Wettbewerbs, gepaart mit sozialer Absicherung. Doch Wohlstand für alle habe es nie gegeben, profitiert hätte in erster Linie immer nur ein sehr kleiner Teil der Gesellschaft. Innerhalb der Eurozone gehöre Deutschland zu den Ländern mit der ungerechesten Verteilung des Wohlstandes. Man müsse sich überdies fragen, was der Begriff überhaupt meine. Er lasse sich nicht zwingend mit der Frage nach Nutella, einem VW Golf oder der Reise nach Mallorca beantworten. Vielmehr könne sich der Wohlstand einer Gesellschaft auch darin zeigen, dass die Bürger einen kostenfreien Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung sowie Garantien für Arbeitsplatz und Wohnraum erhielten.



Kay Ritter



Frank Peschel



Ralf Böhme



Henning Homann



Wolfram Günther



Stefan Hartmann

Fotos: S. Floss

SPD: Tariflöhne und faire Vermögensverteilung

Henning Homann (SPD) ging die AfD in seiner Rede hart an. Mit »Wohlstand für alle« habe die Partei nichts zu tun. Das Erfolgsmodell für Wohlstand heiße in Deutschland Sozialpartnerschaft und beinhalte starke Betriebsräte, Gewerkschaften, Tarifverträge sowie eine faire Vermögensverteilung. Die AfD hingegen bekämpfe Mindest-

und Tariflöhne. Mit ihren Steuerkonzepten wolle sie Steuern für die Menschen senken, die mehr als 250.000 Euro im Jahr verdienen. Grundverkehrt sei auch das Ansinnen, aus der Europäischen Union auszutreten. Sachsen exportiere Güter im Wert von 51 Milliarden Euro ins Ausland, davon einen Großteil nach Europa. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Sachsen hänge vom europäischen Binnenmarkt ab. Wenn die Forderungen der AfD Realität würden, dann käme in diesem Land sofort die Massenarbeitslosigkeit der 1990er-Jahre zurück.

BÜNDNISGRÜNE: Klimawandel gefährdet Wohlstand

In die gleiche Richtung wie sein Vorrredner argumentierte auch Wolfram Günther (BÜNDNIS-GRÜNE). Gerade die AfD verhindere einen Wohlstand für alle, denn sie stehe für eine Umverteilungspolitik von Menschen, die wenig hätten, zu solchen, die mehr besäßen, als sie jemals ausgeben könnten. Die Folgen des menschengemachten Klimawandels seien aktuell die größten Gefährdungen des Wohlstands überhaupt. Klimaschutz hingegen sei ein Wohlstandsgarant. Er treibe Innovationen voran und sorge für energiepolitische Unabhängigkeit. Anstatt Öl oder Gas teuer einzukaufen, könne man viel besser Energie durch Wind und Sonne vor Ort selbst produzieren. Die Fremdenfeindlichkeit der AfD gefährde ebenfalls den Wohlstand. Sie führe dazu, dass die einheimische Wirtschaft Fachkräfte verliere oder erst gar nicht gewinnen könne.

Die Linke: Zukunftsbranchen fördern

Auch Stefan Hartmann (Die Linke) setzte sich mit der Politik der AfD auseinander. Diese stehe nicht für Aufstieg, sondern eher für den sozialen Abstieg des Landes. Sie richte sich gegen Solidarität und gegen die Interessen der Mehrheit, verbinde völkischen Nationalismus mit marktradikalen Ansichten und schwäche den Sozialstaat. Wohlstand für alle werde nicht durch einen ultraliberalen Kahlschlag erreicht, sondern durch gute Löhne, demokratische Mitbestimmung in den Betrieben sowie eine klimaverträgliche Wirtschaftspolitik. Die erneuerbaren Energien gehörten zu den wichtigsten Zukunftsbranchen. Speichertechnologien, Bahnverkehr und Gebäudesanierungen sicherten Hunderttausende Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Fläche.

Matthias Berger (fraktionslos) brachte eine völlig andere Perspektive in die Debatte ein. Er wünschte sich, dass mehr über den Zustand der Kommunen gesprochen werde, denn sie seien das Fundament der Gesellschaft. In einer Anhörung im Landtag zu diesem Thema sei kürzlich von »Systemversagen« und »Politikfrust« die Rede ge-

wesen. Es brauche daher eine Debatte darüber, wie die Kommunen besser unterstützt werden könnten.

Staatsregierung: Keine Rückkehr zur Atomkraft

Die schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme in diesem Land könne niemand leugnen, gab Wirtschaftsminister Dirk Panter (SPD) zu. Wenn eine Volkswirtschaft drei Jahre hintereinander nicht wachse, dann könne nicht alles richtig gewesen sein. Deutschland müsse wieder wettbewerbsfähiger werden. Bei vielen Dingen brauche es mehr Geschwindigkeit und weniger Hindernisse; auch die Beschäftigten dürften nicht allein gelassen werden. Die aktuelle Schwäche der deutschen Wirtschaft beruhe jedoch auch auf Fehlentscheidungen, beispielsweise in der Energiepolitik. Man sei viel zu lange von Russland oder den USA abhängig gewesen. Eine Rückkehr zur Atomkraft sei praktisch ausgeschlossen, da dies 15 bis 20 Jahre dauern würde. Es gebe keine andere Wahl, als den Ausbau der Erneuerbaren mit Sinn und Verstand voranzubringen.

// Dr. Daniel Thieme

»Es hat niemand gesagt, dass wir nicht schneller, einfacher und effizienter werden müssen. Das ist uns doch allen klar – auch uns in der Landespolitik, im Bund und in der EU.«



Dirk Panter



Starker Sport, starkes Sachsen

Sportstrukturen sollen erhalten und stärker gefördert werden

Die dritte Aktuelle Debatte der 22. Plenarsitzung am 3. Dezember 2025 hatte die SPD-Fraktion beantragt, um über die Zukunft des Sports zu sprechen. Der Titel lautete: »Sportland Sachsen in Bewegung: Wie gelingt die Rolle vorwärts?«

Sport braucht mehr Geld

Der Sport stehe momentan im Fokus der sächsischen Landespolitik, hob Albrecht Pallas (SPD) an. Es gebe einen großen Bedarf, denn die motorischen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen, die in die Vereine kämen, seien alarmierend. Der Zustand vieler Sportstätten in Sachsen sei ebenfalls besorgniserregend. Um etwas zu ändern, müsse Geld aus dem Sondervermögen des Bundes und dem Sachsenfonds aufgewendet werden.

Der Sport in Sachsen brauche engagierte Menschen, verlässliche Strukturen und eine solide Finanzierung, so Wolf-Dietrich Rost (CDU). Sport sei eine Zukunftsfrage für unser Land. Er trage maßgeblich zu Gesundheit, Bildung, Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Der Sportgipfel des Ministerpräsidenten im November sei deshalb ein starkes Zeichen gewesen. Man habe dort unter anderem über die Bezahlung der Trainer sowie die Zukunft der Sportstätten gesprochen.

Fankultur schützen

Heiko Gumprecht (AfD) beklagte einen zunehmenden Druck auf die Fankultur im Sport. Die gegenwärtig diskutierten Maßnahmen, wie personalisierte Tickets oder verschärzte Stadionverbote, seien keine Lösungen. Sie kriminalisierten die Masse wegen einzelner Störenfriede. Stadionbesuche seien heute schon sehr sicher. Wer die Fankultur angreife, schade dem gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

Sport trage maßgeblich zur Völkerverständigung bei, stellte Ralf Böhme (BSW) heraus. Die Olympischen Spiele seien dafür ein gutes Beispiel. Deutschlands Bemühungen für eine Bewerbung verdienten jede Unterstützung. Auch sonst benötige der Sport eine ausreichende Finanzierung. Anträge seiner Fraktion zur Verbesserung der Vereinsinfrastruktur und der Trainerbezahlung seien in den letzten Haushaltsverhandlungen jedoch abgelehnt worden.

Wolf-Dietrich Rost



Schulsport besser verankern

Damit Sachsen ein Sportland bleibe, müsse es schleunigst aufholen, so Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE). Bei den Olympischen Spielen 2024 habe Deutschland das schlechteste Ergebnis seit der deutschen Wiedervereinigung eingefahren. Die Gründe lägen unter anderem im Zustand der Sportstätten und dem mangelnden Beitrag des Schulsystems zur Bewegung. Der Sport müsse daher strukturell besser in der Schule verankert werden.

Susanne Schaper (Die Linke) sprach sich für eine stärkere Förderung des Ehrenamts im Sport aus. Ohne Trainer, Schiedsrichter oder Vereinsvorstände würde sich kaum etwas bewegen. Während mitunter die Kommunen ihre maroden Hallen schließen müssten, plane beispielsweise die Staatsregierung in Leipzig Großinvestitionen für Olympia-Projekte. Die Grundlagen des Sports dürften aber nicht vergessen werden.

Justizministerin Prof. Constanze Geiert sprach in Vertretung von Innenminister Armin Schuster (beide CDU). Sie sagte, Sachsen's Bekenntnis zum Sport gelte trotz angespannter Haushaltsslage. Die Zuwendungen an den Landessportbund erreichten im Jahr 2026 erstmals die 30-Millionen-Euro-Marke. Zudem bau man bei den Verwaltungs- und Förderverfahren unnötige Bürokratie ab.

// Dr. Daniel Thieme



Der lange Weg zurück ins Leben

Antrag fordert mehr Hilfe für Long-/Post-COVID-Patienten

In der 22. Sitzung des Sächsischen Landtags am 3. Dezember 2025 stand ein fraktionsübergreifender Antrag auf der Tagesordnung. BÜNDNISGRÜNE, CDU, SPD und Die Linke forderten mit der Drucksache 8/4899: »Unterstützung für Betroffene – für eine bessere Versorgung bei Long-/Post-COVID, ME/CFS und Impfkomplikationen nach einer COVID-19-Schutzimpfung«. Zu den Symptomen der jeweiligen Krankheitsbilder gehören schwere Erschöpfung, Belastungsintoleranz und neurologische Beschwerden.

Bessere Versorgung und Nachteilsausgleich

Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE) wies darauf hin, dass man Erkrankungen wie Post-COVID, Long-COVID oder ME/CFS den Menschen nicht unbedingt ansehen. Dennoch seien die gesundheitlichen Einschränkungen enorm. Der Antrag fordere daher eine wohnortnahe Versorgung für Betroffene, eine bessere Qualifizierung von Gutachtern und Sozialbehörden sowie Nachteilsausgleiche für Schülerinnen und Schüler.

Der vorliegende Antrag sei ein klares Bekenntnis, Betroffene nicht länger allein zu lassen, so Jessica Steiner (CDU). Die Versorgungslage sei herausfordernd, es gebe keine klaren Diagnostikwege, die Wartezeiten seien lang und die Zuständigkeiten häufig unklar. Die Coronapandemie habe wie in einem Brennglas gezeigt, wo das Gesundheitssystem gestärkt werden müsse.



Bessere Bildungschancen

Simone Lang (SPD) erklärte, dass die beantragenden Fraktionen den Zugang zur Bildung für betroffene Kinder und Jugendliche verbessern wollten. Zugleich erinnerte sie daran, dass das Sächsische Schulgesetz es bereits erlaube, schulpflichtige Kinder und Jugendliche zu Hause oder im Krankenhaus zu unterrichten. Gestärkt werden sollten zudem die Kompetenzen der Ärzteschaft.

Mit dem Antrag wolle man die Betroffenenzahlen besser erfassen, Versorgungsangebote bündeln und verständliche Informationen bereitstellen, erläuterte Susanne Schaper (Die Linke). Bisher seien die Wartezeiten für Diagnostik und Therapie viel zu lang, Reha-Einrichtungen mit den Krankheitsbildern überlastet, und es gebe keine zugelassenen Medikamente.

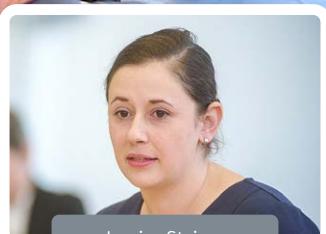
Viel Zeit verloren

Thomas Prantl (AfD) wies darauf hin, dass seine Fraktion bereits in der vergangenen Legislatur zwei ähnliche Anträge gestellt habe. Beide hätten konkrete Forderungen enthalten und seien in öffentlichen Anhörungen thematisiert worden. Der im Antrags- text verwendete Begriff »Komplikationen« sei eine Untertreibung, da Impfungen zum Teil schwerste Schäden verursacht hätten.

Jens Hentschel-Thöricht (BSW) begrüßte den fraktionsübergreifenden Vorstoß. Viele Betroffene fühlten sich seit Langem alleingelassen. Jede Initiative, die ihr Schicksal auf die Agenda hebe, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es gebe jedoch auch Schwachstellen im Antrag, etwa, dass wenig über die individuellen Schicksale gesprochen werde und sofort benötigte Hilfe fehle.

Sozial- und Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) stimmte zu, dass es mehr flächendeckende Angebote zur Behandlung der genannten Krankheiten brauche. Sie verwies zudem auf die vorhandenen Ambulanzen. In einer Tagesklinik in Altscherbitz würden verschiedene Methoden angewendet, um gegen Long-Covid und ähnliche Erkrankungen vorzugehen bzw. sie zu behandeln. Die Erfolge seien jedoch nicht immer vorhersehbar.

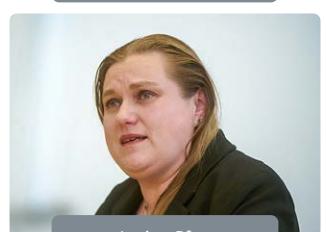
// Dr. Daniel Thieme



Jessica Steiner



André Wendt



Janina Pfau

Jung und Alt gemeinsam statt gegeneinander

Fraktionen debattieren über die Zukunft der Rente

Auf Antrag der Fraktion Die Linke debattierte der Sächsische Landtag am 4. Dezember 2025 über die am Tag darauf vom Bundestag beschlossene Rentenreform. Die Aktuelle Debatte in der 23. Sitzung lautete: »Eine solidarische Rente als Schlüssel zur Gerechtigkeit – ein würdevolles Leben kennt keine Altersgrenze!«

Die Linke: Rentenpaket ist zu wenig

Susanne Schaper (Die Linke) ergriff für die einbringende Fraktion das Wort. Die angestrebte Debatte um das Rentenpaket sei kein Generationenkonflikt, wie man vielleicht meinen könne, sondern ein Angriff auf den Sozialstaat. Viele Menschen glaubten, die festgeschriebenen 48 Prozent Rentenniveau seien das, was alle nach ihrem Renteneintritt bekommen würden. Dabei gelte die Zahl nur für jene, die 45 Jahre zum Durchschnittsverdienst gearbeitet und eingezahlt hätten. Doch schon diese Grenze sei zu wenig, um Altersarmut zu verhindern. Deutschland liege im OECD-Vergleich unter dem Mittelmaß. In

Italien betrage die Rentenhöhe 79 Prozent, in Österreich sogar mehr als 86 Prozent. Das aktuelle Rentenpaket reiche zwar längst nicht aus, sei aber in der aktuellen Situation besser als nichts.

CDU: Gerechte Anrechnungszeiten

Die Diskussion immer nur über das Renteneintrittsalter zu führen, greife zu kurz, führte Jessica Steiner (CDU) aus. Was bisher im gesetzlichen Rentensystem nicht abgebildet werde, sei die Art und Weise, wie und wann jemand zu arbeiten beginne. Der eine fange mit 16 Jahren eine Ausbildung an und arbeite körperlich schwer; der andere beende mit 29 Jahren sein Studium,

bleibe dann aber geistig und körperlich fitter und zahle durch den späteren Eintritt ins Erwerbsleben weniger in die Rentenversicherung ein. Es müsse also mehr darüber gesprochen werden, wie lange jemand Beiträge zahle und welche Leistung er für die Gesellschaft erbringe. Man dürfe von niemandem verlangen, dass er bis zum Tod arbeiten müsse. Gleichzeitig stelle sich die Frage, ob eine Rentenbezugszeit von durchschnittlich 20 Jahren und mehr finanzierbar sei.

AfD: Probleme in Zukunft verlagert

Nach Meinung von André Wendt (AfD) hätten viele Bürger den Glauben an eine gerechte und auskömmliche Rente verloren. Ein einst stabiler Pfeiler deutscher Sozialpolitik drohe zu bröckeln. Daran sei nicht nur der demografische Wandel schuld, sondern auch die Poli-

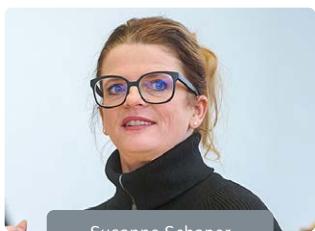
tik. Sie habe es versäumt, echte Reformen anzustoßen. Je länger man nun warte, desto schwieriger werde es und desto mehr Kraft zur Veränderung sei nötig. Auch das aktuelle Rentenpaket löse die strukturellen Probleme nicht, es verschiebe sie lediglich in die Zukunft. Dazu gehöre ein künstlich geschöntes Rentenniveau auf Schuldenbasis, mit dem man sich ein paar Jahre Ruhe erkaufe. Begrüßenswert sei indes die Erhöhung der sogenannten Mütterrente. Dieser Schritt sei längst überfällig gewesen und schaffe eine notwendige Anerkennung für Familien und Mütter.

BSW: Benachteiligung für Selbstständige

Janina Pfau (BSW) forderte, dass in ein solidarisches Rentensystem nicht nur abhängig Beschäftigte einzahlen sollten, sondern auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige. Gerade Selbstständige erlebten im Alter eine doppelte Ungerechtigkeit. Diejenigen, die in



Simone Lang



Susanne Schaper



Franziska Schubert

der Kultur, der Kreativwirtschaft oder Gastronomie arbeiteten, müssten mit niedrigen Renten rechnen, weil in diesen Bereichen die Einkünfte schwankten oder eigene Beiträge kaum zu bezahlen seien. Durch die Aktivrente drohe Selbstständigen nun erneut eine Benachteiligung, weil sie von der Regelung nicht profitieren würden. Notwendig sei insgesamt eine spürbare Erhöhung der Rentenbezüge. Es könnte nicht sein, dass Menschen, die Jahrzehnte gearbeitet hätten, Monat für Monat rechnen müssten, ob sie Heizung, Medikamente oder den Einkauf bezahlen könnten.

SPD: Rentenniveau halten

Eine gute Absicherung im Alter sei eines der zentralen Versprechen unseres Sozialstaates, so Simone Lang (SPD). Wer sein Leben lang Beiträge bezahlt habe, müsse sich darauf verlassen dürfen, im Alter gut leben zu können. Das gelte sowohl für alle, die kurz vor der Rente stünden, als auch für diejenigen, die gerade ins Berufsleben starteten. 70 Prozent der Rentner in Ostdeutschland seien vollständig auf eine gesetzliche Rente angewiesen. Für Millionen von Menschen sei die Stabilisierung des Rentenniveaus bei einer Haltelinie von 48 Prozent nicht nur eine theoretische Finanzdebatte, sondern ihre zukünftige Lebensrealität. Ein sinkendes Rentenniveau bedeute letzten Endes die Abkopplung der Rentner von der allgemeinen Lohnentwicklung.

BÜNDNISGRÜNE: Keine Benachteiligung von Frauen

Franziska Schubert (BÜNDNIS-GRÜNE) machte deutlich, dass sie sich eine stabile, faire und armutsfeste Rente wünsche. Sie müsse insbesondere die ostdeutschen Realitäten aner-

»Mir ist dabei wichtig, dass bei diesen Sozialstaatsreformen niemand gegeneinander ausgespielt wird.«



Petra Köpping

kennen und dürfe Frauen nicht länger benachteiligen. Auf Bundesebene habe ihre Partei konkrete Vorschläge zur Rentenreform unterbreitet: Es brauche ein dauerhaft stabiles Rentenniveau sowie statt eines pauschalen Renteneintritts die Möglichkeit, auch länger zu arbeiten. Für mehr Gerechtigkeit sollten auch Abgeordnete, neue Beamte und Selbstständige in die Rentenversicherung einzahlen. Damit Frauen eine höhere Rente erreichen, müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Viele ostdeutsche Frauen würden durch eine Garantierente vor Altersarmut geschützt.

Staatsregierung: Reformen notwendig

Sozialministerin Petra Köpping (SPD) resümierte, dass die Diskussion gezeigt hätte, wie wichtig eine Sozialstaatsreform in Deutschland sei. Man verfolge das Ziel, Sozialleistungen so zu reformieren, dass die Leistungen von den Bürgern tatsächlich in Anspruch genommen werden könnten und ihr Bezug entbürokratisiert werde.

Die Rentenkommission beginne noch 2025 zu tagen. Experten aus Ökonomie, Sozialwissenschaft, Recht und Praxis kämen zusammen, um Vorschläge miteinander abzustimmen. In der Rente dürfe es kein Ausspielen der Generationen geben. Auch junge Menschen kämen an einen Punkt, an dem man nicht noch einmal neu beginnen könne. Dann müsse man sich darauf verlassen können, dass das, was man im Leben geleistet habe, auch zähle. Auch Menschen mit mittlerem und kleinem Einkommen sollten eine den Lebensstandard sichernde Rente erhalten.

// Dr. Daniel Thieme

Noch keine Besserung in Sicht

Ergebnisse einer weiteren Krankenhausreform lassen auf sich warten

Mit dem im April 2025 auf Bundesebene in Kraft getretenen Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz will die Bundesregierung notwendige Reformen in der Struktur und Finanzierung der deutschen Kliniklandschaft angehen. Die Fraktion Die Linke kritisiert das mangelnde Tempo der Umsetzung. Mit ihrem Antrag »Bedarfsgerechte Krankenhausplanung ermöglichen – Kliniksterben verhindern!« befasste sich am 17. November 2025 der Sozialausschuss.

Herausforderungen der Krankenhausreform

Dass Sachsen nach eigenen Strukturreformen bereits eine gesunde und bedarfsgerechte Krankenhausstruktur habe, konstatierte Friedrich R. München, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Sachsen. Die neuen Vorgaben der Bundesregierung seien jedoch gar nicht auf die ostdeutsche Realität ausgelegt, weswegen man nun für den Freistaat Sachsen Ausnahmeregelungen einfordern müsse. Ingo Dörr, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Privatkliniken in Sachsen

und Sachsen-Anhalt, forderte mit Verweis auf das Patientenwohl, die richtigen Prioritäten zu setzen. Er warb für größtmögliche gesetzgeberische Freiheit auf Landesebene, damit man vor Ort entscheiden könne, wo Eingriffe notwendig seien.

Auch Claudius Wehner von der Landesvertretung Sachsen des Verbands der Ersatzkassen meinte, mit dem Sächsischen Krankenhausgesetz von 2023 sei die hiesige Kliniklandschaft bereits sehr robust und bundesweit beispielgebend. Ausnahmen vom neuen Bundesgesetz befürwortete er

jedoch nicht, denn das Anliegen der Kassen sei eine bundesweit eine gleichmäßige Umsetzung. Rainer Striebel, Vorstandsvorsitzender der AOK PLUS, hob hervor, dass man im Sinne der Qualitätssicherung bei sinkender Bevölkerungszahl damit rechnen müsse, für planbare medizinische Eingriffe künftig auch weitere Wege in Kauf nehmen zu müssen.

Gleichzeitigkeit von Problemlagen

Martin Jonas, Kaufmännischer Geschäftsführer des Klinikums

Chemnitz, verwies auf die hohe Komplexität des Reformvorhabens und warnte vor finanzieller Unsicherheit bei den Kliniken. Marcel Koch, Geschäftsführer im Erzgebirgsklinikum, betonte, dass die Krankenhäuser derzeit zwischen mehreren widerstreitenden Interessen gefangen seien: den eigenen als Leistungserbringer, den Planungsbehörden und den Krankenkassen mit ihren Budgets als Kostenträger.

Die zentrale Herausforderung im deutschen Gesundheitssystem sei der absehbare Personalmangel, meinte Prof. Dr. Boris Augurzky, gesundheitspolitischer Sprecher des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung. Man müsse Personal künftig deutlich effizienter einsetzen, um die Versorgung abzusichern. Jörg Scharfenberg, Geschäftsführer der Oberlausitz-Kliniken, kam auf die sehr aufwendige, weltweite Personalakquise und die Integration von ausländischen Fachkräften zu sprechen.

Torsten Lippold erklärte, dass er zugleich Landesvorsitzender der Gewerkschaft Marburger Bund in Sachsen, Klinikarzt in Chemnitz und Aufsichtsratsvorsitzender eines sächsischen Maximalversorgers sei. Dadurch kenne er die Lage aus verschiedenen Perspektiven. Er kritisierte u. a., dass mit der Finanzierungssystematik nach Leistungsgruppen die Gefahr drohe, dass bei knappen Klinikbudgets Stellen für Ärzte in Weiterbildung gestrichen würden. Damit drohe ein Verlust an Qualifikationsmöglichkeiten und zugleich werde die Bindung von künftigen Fachärzten deutlich erschwert.

// Janina Wackernagel



Stenografisches Protokoll



Anhörungsvideo

ZUM NACHSCHLAGEN





Foto: Landtag



Chemnitzer
Oberbürgermeister
Sven Schulze und
Landtagspräsident
Alexander Dierks

Auswärtstermin für das Landtagspräsidium

Gremium trifft sich in der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz

Dank des Titels »Kulturhauptstadt Europas« erfreute sich die Stadt Chemnitz in diesem Jahr einer hohen Aufmerksamkeit. Rund 2000 Kulturveranstaltungen zogen Hunderttausende Gäste an. Um am Jahresende dieses wohl einmalige Ereignis nochmals zu würdigen, tagte das Präsidium des Sächsischen Landtags in Chemnitz.

Beschlüsse des Präsidiums

Die letzte Präsidiumssitzung des Jahres fand dieses Mal nicht wie gewohnt im Gebäudekomplex des Sächsischen Landtags statt, sondern in Chemnitz. Das 24-köpfige Gremium tagte in der »Stadtwirtschaft«, um die Tagesordnungen und Redezeiten für die Plenarsitzungen am 3. und 4. Dezember 2025 festzulegen. Diese Aufgaben gehören laut Geschäftsordnung zu den Kernzuständigkeiten des Präsidiums. Darüber hinaus verantwortet es die Verwaltung der Landtagsräumlichkeiten sowie die Aufstellung und Kontrolle des Haushaltsplans. Das Landtagspräsidium setzt sich aus dem Präsidenten, den vier Vize-

präsidenten sowie den Vorsitzenden und – entsprechend ihrer Stärke – weiteren Vertretern der Fraktionen zusammen.

Bilanz der Kulturhauptstadt

Im zweiten Teil der Sitzung sprach der Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze (SPD) als Guest des Präsidiums. Gemeinsam mit Andrea Janke-Pier, Co-Geschäftsführerin der Kulturhauptstadt gGmbH, zog er ein vorläufiges Fazit des ausklingenden Kulturhauptstadtjahres. Mit sichtbarem Stolz berichtete er von insgesamt 266 Projekten und mehr als 2000 Veranstaltungen, die seit der Eröffnung am 18. Januar 2025

in Chemnitz stattgefunden haben. Beteiligt waren über 900 Organisationen aus 40 Ländern. Besonders hob er die Entstehung von 30 Interventionsflächen hervor, die das Stadtbild nachhaltig aufgewertet hätten. Als Beispiele nannte er unter anderem die »Stadt am Fluss«, die renovierte Hartmannfabrik, den Schillerplatz und das Sportforum. Auch das Bild der Stadt nach außen habe sich verbessert: Die internationale Presse habe Chemnitz etwa als »unorthodox, charmant«, »ausgefallenes Reiseziel« oder als »Stadt, die sich neu erfindet« beschrieben. Nun gehe es darum, die Stadtentwicklung langfristig zu sichern und die geschaffenen Strukturen dauerhaft zu nutzen.

Einblicke in das Areal »Stadtwirtschaft«

Im Anschluss an die Sitzung erkundeten die Abgeordneten ihren besonderen Tagungsort näher. Grit Stillger, Abteilungsleiterin Stadterneuerung und Projektleiterin für die Stadtwirtschaft der Stadt Chemnitz, führte sie über das Gelände und erläuterte dessen Geschichte. Einst diente das Areal als städtischer Betriebshof. Im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres 2025 wurde es zu einem Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickelt. Ziel war es, die historische Bausubstanz zu erhalten und in einen nutzergereagten Gebäudekomplex zu überführen, der zugleich als Zentrum für den Stadtteil fungiert.

// Dr. Daniel Thieme

ZUM NACHLESEN

Internetseite des neuen Kulturreals
»Stadtwirtschaft Chemnitz«

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 10.12.2025

TITEL | EINBRINGER | AUSSCHUSS

ERLÄUTERUNG

STATUS

Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Transparenzgesetzes

8/3802 | Staatsregierung

Mit dem Gesetz wird die Inbetriebnahme der Transparenzplattform um zwei Jahre auf den 1. Januar 2028 verschoben. Damit sollen der Zeitaufwand und die Kosten der transparenzpflichtigen Stellen eingespart werden, die mit den Veröffentlichungen verbunden seien.


Gesetz zur Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Bedarfsgebieten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Landzahnarztgesetz – SächsLZahnarztG)

8/4185 | CDU, BSW und SPD

Über eine Vorabquote können geeignete Bewerber nun einen Zahnmedizinstudienplatz erhalten, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Abschluss für bis zu zehn Jahre in unversorgten Regionen tätig zu sein.


Gesetz zur Erhebung von Studiengebühren für internationale Studenten

8/4703 | AfD

Ffd.: Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus

Das Ziel der Einführung von Studiengebühren für internationale Studenten soll es sein, sie stärker an den Ausbildungskosten zu beteiligen, wenn sie keinen festigten Inlandsbezug aufweisen. Nach fünfjähriger Tätigkeit in Deutschland könnten sie dann aber Geld zurückfordern.


Erstes Gesetz zur Änderung des Sachsenfonds-Gesetzes

8/5019 | BSW

Ffd.: voraussichtlich Haushalts- und Finanzausschuss

Die Mindestsumme von 250.000 Euro je Einzelmaßnahme soll auf 50.000 Euro abgesenkt werden. Dadurch sollen auch kleinere Gemeinden und strukturschwache Regionen befähigt werden, Fondsmittel für ihre Investitionsvorhaben zu verwenden.


Gesetz zur Beschleunigung der Verfahren im Straßenrecht und im Umweltverträglichkeitsprüfungsrecht

8/5066 | Staatsregierung

Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung

Mit dem Gesetzentwurf sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Die Änderungen im Sächsischen Straßengesetz erlauben etwa marode Brücke ohne Planfeststellungsverfahren im Rahmen der Unterhaltung zu ersetzen.



neu im parlamentarischen Verfahren



angenommen



abgelehnt



zurückgezogen

GESETZENTWÜRFE IM KALENDERJAHR 2025



Im Jahr 2025 sind 25 Gesetzentwürfe ins parlamentarische Verfahren gegangen. Der Landtag hat 14 Gesetze beschlossen, ein Gesetzentwurf wurde abgelehnt und ein weiterer wieder zurückgezogen.



25



14



1



1

// Rüdiger Soster



Nähere Informationen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>



DISKUSSION ÜBER MITTEUROPAS FREIHEIT IN CHEMNITZ

Foto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild

In Chemnitz widmeten sich jüngst zwei Veranstaltungen europäischen Fragen. Sie zeichneten das Bild eines Kontinents im Wandel. Vor 35 Jahren trieb der gemeinsame Wunsch nach Freiheit Millionen Menschen auf die Straßen und ließ den Kommunismus zusammenbrechen. Heute steht eben jenes freiheitliche Europa unter Druck und wird von nationalen Interessen zunehmend dominiert.

Lesesaal der zentralen
Universitätsbibliothek
Chemnitz



Fotos: C. Lässig

Europas Krise und mögliche Auswege

Forum Mitteleuropa thematisiert aktuelle politische Lage

Hoffnung auf Europa

In der Alten Aktenspinnerei, die nach umfangreicher Restaurierung die zentrale Bibliothek der Technischen Universität Chemnitz beherbergt, begrüßte Landtagspräsident Alexander Dierks die Gäste. Er erinnerte daran, dass dieses Kulturhauptstadtjahr ein freundliches Licht auf Chemnitz geworfen habe. Viele Veranstaltungen hätten einen positiven europäischen Geist verbreitet, der für Zuversicht und Aufbruch stehe. Dies könne man in der Stadt an vielen Stellen spüren. Dierks äußerte die Hoffnung, dass ein »bisschen vom Chemnitzer Geist auch auf Sachsen und Europa« übergehe. Europa und die Welt befänden sich in einem Zeitenbruch, der mit einem Aufstieg autokratischer Regime und einem Rückgang der liberalen Demokratien

Im 15. Jahr seines Bestehens war das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag erstmals in Chemnitz zu Gast. Die Initiatoren würdigten damit die Rolle der Stadt als Kulturhauptstadt Europas 2025. Den Impulsvortrag zum Thema »Europa und Mitteleuropa in der weltweiten Zeitenwende« hielt am 18. November 2025 der international renommierte bulgarische Politologe Ivan Krastev.

einhergehe. Konkret nannte der Parlamentspräsident Russland, das unsere europäische Sicherheit durch hybride Kriegsführung ganz direkt bedrohe.

Konstruktiver Kritiker

Der Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der TU Chemnitz, Prof. Dr. Alexander Gallus, würdigte in seinen Begrüßungsworten den Gast des Abends Ivan Krastev als großen europäischen Denker. Dieser sei eine wichtige Stimme im Diskurs um die Zukunft Europas. Ihm gehe es nicht darum, die europäische Idee schlechtzureden,



Alexander Dierks



Prof. Dr. Alexander Gallus

sondern vielmehr, sie durch konstruktive Kritik mit neuem Leben zu füllen. Aus dieser Sicht sei Krastev ein wachsamer Mahner und kein Apokalyptiker. Nur durch

Anpassung und Veränderung könne Europa eine lebendige Gemeinschaft bleiben. Auf frühere Gewissheiten könne man sich nicht länger verlassen.

Forum Mitteleuropa

beim Sächsischen Landtag



Zweideutiger Epochenbruch

Diese einleitenden Worte rollten dem Gast des Abends den roten Teppich aus. Ivan Krastev, der aktuell am Institut für die Wissenschaft vom Menschen (IWM) in Wien forscht, kam ohne lange Vorrede auf einige seiner Thesen zu sprechen. Er befand, dass der Zusammenbruch des Kommunismus 1989/90 in Mittel- und Osteuropa mit großem Optimismus aufgenommen worden sei. Damals schien die liberale Demokratie endgültig gesiegt zu haben. Vielleicht aber habe sie nur so attraktiv gewirkt, weil sie im Kommunismus ein klares Feindbild hatte, gab er sich nachdenklich. Man dürfe sich daher nicht von einer zu positiven Leseart der Umbrüche blenden lassen, denn sie seien von sehr begrenzter Reichweite gewesen. Außerhalb Europas hätten sie kaum nachgewirkt. Und auch innerhalb des Kontinents habe das Ende des Kommunismus vielerorts einem neuen Nationalismus Auftrieb gegeben. Nationalistisches Denken sei heute stärker wahrnehmbar und spiegele sich in den Wahlergebnissen vieler Länder wider. Ein Beispiel dafür sei der russische Präsident

Wladimir Putin. Seine Aggression gelte nicht allein der Ukraine, sondern er beabsichtige, die internationale Ordnung umzuformen und Europa zu spalten.

Nicht unterschätzen dürfe man ebenso, dass Putin das Ziel verfolge, die eigene Bevölkerungszahl zu steigern. Der demografische Faktor sei auch im Westen Europas ein zunehmendes Problem, da die Geburtenraten immer weiter zurückgingen. Am Schluss appellierte Krastev an

letzte Bemerkung an und fragte, wie er die Rolle Deutschlands konkret sehe. Krastev betonte, dass er die gewachsenen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für sehr wichtig erachte. Sie seien zentral für das Funktionieren der Europäi-



Ivan Krastev und Prof. Dr. Beate Neuss

KURATORIUMSSITZUNG

Am gleichen Tag traf sich das Kuratorium des Forums Mitteleuropa zu seiner jährlichen Sitzung. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler beschlossen die Mitglieder, im kommenden Jahr eine Konferenz in Tallinn (Estland) abzuhalten. Das Land sieht sich aktuell einer direkten Bedrohung durch Russland ausgesetzt.

Deutschland, seine Rolle als Mittelmacht in Europa aktiv zu nutzen. Er verstehe zwar die Zurückhaltung in Militärfragen aufgrund der historischen Verantwortung, dennoch müsse die Bundesrepublik wieder mehr zu einer aktiven Rolle in der Verteidigung europäischer Werte finden.

Auswege aus der Krise

Nach seinem Impulsvortrag trat Krastev in ein Gespräch mit der emeritierten Professorin Dr. Beate Neuss ein, die bis 2018 an der TU Chemnitz Internationale Politik lehrte. Sie knüpfte an seine

schen Union. Beide Staaten sollten weiterhin die Einheit Europas vertiefen, auch wenn nicht alle anderen Staaten im gleichen Tempo mitzögen. Die EU-Institutionen seien eine wichtige Stütze, müssten aber flexibler werden. Der Nationalismus einiger Mitgliedsstaaten führe ins Leere. Ein EU-Austritt sei keine Lösung und wirtschaftlich schädlich, wie das Beispiel Großbritannien zeige. Prof. Dr. Beate Neuss wollte außerdem wissen, warum sich einige Regime in Europa wieder in Richtung einer Autokratie entwickelten. Krastev erklärte, dass sich vor 35 Jahren nur der Osten verändert habe, der

PORTRAIT



Foto: C. Lässig

Ivan Krastev

- geboren 1965 in Bulgarien
- Studium der Philosophie mit Schwerpunkt politische Philosophie, Demokratietheorie, Ideengeschichte in Sofia
- Mitgründer und Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies in Sofia (u. a. Forschung zu politischem Wandel in Osteuropa)
- ehemaliger geschäftsführender Direktor der »International Commission on the Balkans«
- Forschungsaufenthalte unter anderem am St Antony's College in Oxford und am Woodrow Wilson Center for International Scholars in Washington, D.C
- gegenwärtig tätig am Institut für die Wissenschaft vom Menschen in Wien
- Co-Autor des Buches »Das Licht, das erlosch«, das sich mit der Krise der liberalen Demokratie beschäftigt

Westen hingegen nicht. Die Imitation der westlichen Systeme sei in der Perspektive vieler Menschen in Mittel- und Osteuropa gescheitert. Heute müssten die Demokratien beweisen, dass sie anpassungsfähig seien. Andernfalls sei ihre Existenz gefährdet.

// Dr. Daniel Thieme



Dissidenz in Mitteleuropa

Diskussion über den Dissens in kommunistischen Diktaturen

Gemeinsame Identität in Mitteleuropa

Zu Beginn der Veranstaltung betonte der Kuratoriumsvorsitzende des Forums Mitteleuropa Dr. Matthias Rößler die gemeinsame Identität mitteleuropäischer Freiheitskämpfe. Diese sei nicht nur prägend für die einstigen Oppositionsbewegungen, sondern vielfach auch bestimmend für die heutigen Gesellschaften in den Ländern Mitteleuropa.

Die Vielfalt der Erfahrungen

György Dalos berichtete danach in einem Impulsvortrag zunächst von seinen Erlebnissen als Dissident. Er thematisierte die unterschiedlichen Formen der im Freiheitsstreben vereinten mitteleuropäischen Oppositionsbewegungen. Dalos betonte dabei u. a., dass das sowjetische System den einzelnen Satellitenstaaten aus jeweils landesspezifischen Gründen nicht dauerhaft »übergestülpt« werden konnte.

Am 12. Dezember 2025 fand zum zweiten Mal eine Veranstaltung des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag in der Kulturfeststadt Europas Chemnitz statt, diesmal im Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. Der für seine Reflexionen ost-/mitteleuropäischer Geschichte bekannte ungarische Schriftsteller György Dalos diskutierte mit dem einstigen DDR-Bürgerrechtler Dr. Martin Böttger.

In der von Dr. Dirk Dalberg moderierten Podiumsdiskussion veranschaulichten die Diskutanten nachfolgend ihre Erfahrungen als Oppositionelle in den kommunistischen Regimen. György Dalos bekräftigte, schon kleine Gruppen könnten bedeutsame Veränderungen

herbeiführen. Während das ungarische Regime Dissidenten wie ihm die Ausreise gestattete, beschrieb Dr. Martin Böttger seine Oppositionsarbeit in der restriktiveren DDR als aktivistisch; er wollte den Staat primär »ärgern«. Im Hinblick auf das Heute äußerten Dalos und

Böttger die Hoffnung, dass der vielerorts verlorengegangene gesamtgesellschaftliche Dialog wieder eine wichtigere Rolle einnehme.

// Carlos Teschke



Das 1879 erbaute Gebäude im Chemnitzer Stadtteil Kaßberg wurde über mehr als einhundert Jahre von verschiedenen politischen Systemen als Haftanstalt

genutzt. In der DDR diente es der Staatssicherheit als Untersuchungsanstalt. Von 1967 bis 1989 fungierte es zudem als zentraler Abwicklungsplatz für von der Bundesrepublik Deutschland freigekauften politischen DDR-Häftlinge (über 30 000). Auf Initiative des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis beschloss der Sächsische Landtag im Jahr 2011 die Errichtung

eines Gedenkortes, der 2017 an der einstigen Außenmauer des Gefängnisses eröffnet wurde. 2023 folgte der Umbau des früheren Haftrakts B. Besucher finden hier biographische Darstellungen ehemaliger Häftlinge sowie Informationen über die Epochen des Gefängnisses. Heute dient das Gebäude als »Lernort für Demokratie«.



»Verbotene Filme, vergessene Träume«

Filmreihe der Landesbeauftragten Dr. Nancy Aris zum Thema Kulturpolitik der DDR

In Erinnerung an das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED, das 1965 stattfand und als Kahlschlagplenum in die Geschichte einging, veranstalteten die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Filminitiative Dresden e. V. die Filmreihe »Verbotene Filme, vergessene Träume – Kahlschlag 1965« im Clubkino im Lingnerschloss Dresden.

Kulturpolitischer Kahlschlag

Die Veranstaltungsreihe erinnerte an einen der drastischsten kulturpolitischen Einschnitte in der DDR. Als 1965 zwölf DEFA-Filme verboten und damit fast die gesamte Jahresproduktion eingezogen wurde, erstarrte das künstlerische Leben auf unterschiedlichen Ebenen. Verantwortliche Regisseure und Drehbuchautoren mussten oft das Ende ihres beruflichen Erfolgs hinnehmen.

Die damals von der Staatsmacht als »schädlich« eingestuften Filme zeigen soziale Konflikte, politische Reibungen und eine Realität, die nicht in das staatlich gewollte Bild des fortschrittlichen Sozialismus passten. Mit der politischen Wende kamen die verbotenen Filme als wichtige Zeugnisse künstlerischen Mutes ins Bewusstsein zurück. Heute gelten sie als Meilensteine der deutschen Filmgeschichte. Es sind Werke wie »Das Kaninchen bin ich«, »Berlin um die Ecke«,

»Fräulein Schmetterling«, »Der verlorene Engel«, »Spur der Steine« oder »Denk bloß nicht, ich heule«, die die Sächsische Landesbeauftragte mit der Wiederaufführung im Clubkino im Lingnerschloss würdigte. Die sechs Filme wurden durch Expertengespräche begleitet. Historische Hintergründe wurden beleuchtet und die teils sehr unterschiedlichen Verbotsgeschichten eingeordnet. Auch gab es ganz besonders interessante Einblicke in die Restaurierung und Neusynchronisierung der Verbotsfilme. Diese Beiträge und die anschließenden Gespräche mit dem Publikum machten die Abende zu intensiven Zeitreisen in die geistige Enge der 1960er-Jahre und zugleich zu den Versuchen filmischer Selbstbehauptung.

Konzept mit Erfolg

Der Erfolg der Filmreihe übertraf alle Erwartungen. Das Clubkino im Lingnerschloss erwies sich

rasch als viel zu klein. Bereits nach der ersten Veranstaltung waren alle weiteren Veranstaltungen der Filmreihe ausgebucht. Dennoch bot gerade der kleine Veranstaltungsort eine fast intime Atmosphäre als Kleinod. Das ehrenamtliche Clubkinoteam hatte daran einen wesentlichen Anteil.

Über 400 Besucherinnen und Besucher strömten zu den Abendvorstellungen, viele mussten auf Restplätze hoffen und geduldeten sich bis zuletzt. Das Publikum war begeistert von der Mischung aus selten gezeigten Filmen, fachkundigen Einführungen und sich dem Film anschließenden lebendigen Diskussionen. Viele äußerten den Wunsch nach »mehr davon!« Die Nachfrage war so groß, dass eine zusätzliche Veranstaltung am 10. Dezember 2025 angesetzt wurde.

Dieser überwältigende Zuspruch zeigt, dass das Interesse an alten DEFA-Filmen groß ist. Die Reihe macht sichtbar,

wie viel künstlerisches Potenzial über Jahrzehnte ausgeschlossen wurde – auch, wie kraftvoll diese Werke aufgrund ihrer pointierten Kritik noch immer wirken.

Und die Zukunft? Alles deutet darauf hin, dass es weitergeht. Das Publikum wünscht eine Fortsetzung, die Veranstalter denken darüber nach, weitere vergessene Schätze der DEFA zu zeigen. Die Filmreihe hat sich zu einem Forum entwickelt, das Vergangenheit lebendig macht und die kritische Reflexion über die DDR befähigt.

// Steffi Unger



Traditionen im Parlament

Tanne, Kranz und Pyramide stimmen auf das Weihnachtsfest ein

Sachsen ist bekannt für seine Weihnachtstraditionen. Christstollen, Pyramide oder Herrnhuter Stern zeugen von großem handwerklichem Geschick, harter Arbeit und dem Stolz der Menschen auf ihre Heimat. Einige Bräuche der Advents- und Weihnachtszeit finden alljährlich ihren Weg in den Sächsischen Landtag.

Alle Jahre wieder verschönert die erzgebirgische Stufenpyramide das Foyer des Altbau. Beim traditionellen Pyramidenanschub am 27. November 2025 begann sich die 4,5 m große Pyramide auf Knopfdruck mutter zu drehen. Musikalisch begleitet wurde der Anschub durch die »Nischlmusi« aus Chemnitz.



Am Rande der Plenarsitzung am 3. Dezember 2025 fand der traditionelle Stollenanschnitt statt, bei dem drei Bäckereien aus dem Erzgebirge ihre Produkte präsentierten. Musikalische Grüße überbrachten Kinder- und Jugendliche der Musikschule »Johann Adam Hiller« aus Görlitz.



Sachsens Waldkönigin Anne I. und Vertreter des Sächsischen Waldbesitzerverbands übergaben dem Landtag am 27. November 2025 eine Weißtanne aus dem Oberlausitzer Bergland, die das Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags schmückt. Neben dem Weihnachtsbaum steht ein Wickerkranz, den die Diakonie Sachsen gestiftet hat.



// Niklas Hellfritsch



JUGEND BEFASST SICH MIT POLITIK UND GESCHICHTE

Jedes Jahr im November gibt der Sächsischen Landtag Schülerinnen und Schülern eine Bühne, damit sie ihre Fähigkeiten in politischer Rede und Geschichte zeigen können. So war es auch in diesem Jahr: Am 8. November 2025 stand beim 22. Jugend-Redeforum die Debattierkunst im Mittelpunkt, am 27./28. November präsentierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 21. Sächsischen Jugendgeschichtstage Filme, Ausstellungen und Forschungsprojekte.

PACKENDE REDEN, KLUGE DEBATTEN UND EMOTIONALE MOMENTE

Jugend-Redeforum schult die demokratische Meinungsäußerung

Bereits zum 22. Mal zog das Jugend-Redeforum am 6. November 2025 Jugendliche aus ganz Sachsen und dem südlichen Brandenburg an. Die Veranstaltung entstand vor vielen Jahren aus einer gemeinsamen Initiative des Verbands der Redenschreiber deutscher Sprache und dem Sächsischen Landtag. Beim Jugend-Redeforum dürfen Jugendliche dort debattieren und Reden halten, wo das Herz der Demokratie im Freistaat Sachsen schlägt – im Plenarsaal des Sächsischen Landtags.

Fotos: R. Thiele



August Sommer



Helena Lange

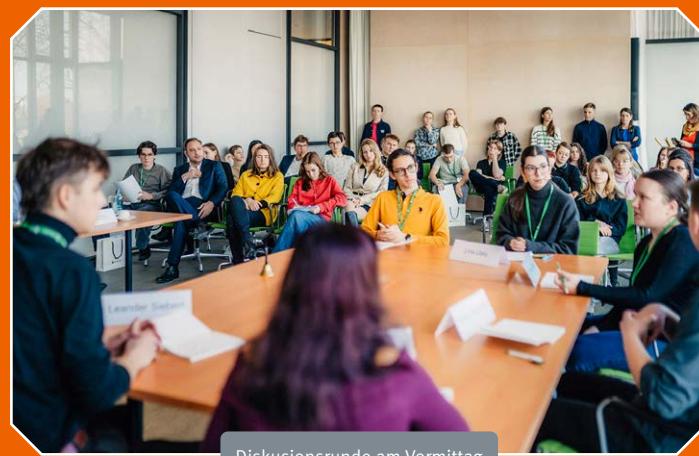


Moritz Kwaschik

Insgesamt nahmen 36 Schülerinnen und Schüler am Jugend-Redeforum teil, womit alle verfügbaren Plätze vergeben waren. Sie hatten aber zahlreiche Unterstützer mitgebracht, die den teilweise weiten Weg nach Dresden auf sich genommen hatten, um live dabei zu sein. Die Stimmung im Plenarsaal war entsprechend gut und alle freuten sich auf einen spannenden Tag.

Die Kunst des Debattierens

In der ersten Runde traten die Jugendlichen in Gruppen von sechs Personen gegeneinander an. Nach einer kurzen und intensiven Vorbereitungsphase galt es, die Jury von der eigenen Debattierfähigkeit zu überzeugen.



Diskussionsrunde am Vormittag

zuvollziehen. In sechs Diskussionsrunden erwarteten die Jugendlichen Themen wie Chancen und Grenzen von KI an Schulen, ein mögliches Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche oder auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Der große Redewettstreit

Für die zehn Bestplatzierten aus der Debattierrunde ging es zur nächsten großen Prüfung: eine eigene Rede im Plenarsaal des Sächsischen Landtags halten. Jeder Finalist bekam ein Thema zugelost. Dann hieß es: ab ans Rednerpult, drei Minuten Redezeit, sich auf die eigene Stimme konzentrieren und der Jury beweisen, dass man das 22. Jugend-Redeforum gewinnen will. Das Auditorium erlebte zehn



Siegerpokal des Jugend-Redeforums

packende Reden: von engagierten Plädoyers für Zivilcourage, über klare Positionen zu einem möglichen Rauchverbot bis hin zu leidenschaftlichen Appellen für mehr Generationengerechtigkeit. Alle Rednerinnen und Redner bewiesen Mut, Ausdrucksstärke und die Fähigkeit, Argumente eindrucksvoll auf den Punkt zu bringen – und das vom Rednerpult des Sächsischen Landtags aus.

Vor der Siegerehrung waren alle Augen auf die Jury gerichtet, deren neun Mitglieder nun die Herausforderung hatten, aus den zehn Finalisten die drei erfolgreichsten auszuwählen. Nach reichlicher Überlegungszeit gab sie schließlich die mit Spannung erwartete Siegerin

bekannt. Das Jugend-Redeforum 2025 gewann Helena Lange vom Weißenitzgymnasium Freital. Sie setzte sich in einer knappen Entscheidung erfolgreich durch. Auf Platz zwei folgte Moritz Kwaschik von der Friedrich-Schiller-Schule Leipzig und Platz drei ging an August Sommer vom Romain-Rolland-Gymnasium in Dresden. Wer es in diesem Jahr nicht auf einen Podestplatz geschafft hat, kann es unter Umständen im nächsten Jahr noch einmal versuchen. Denn auch 2026 wird es wieder spannende Debatten beim Jugend-Redeforum geben wird.

// Niklas Hellfritsch

Jurymitglieder für die 22. Auflage des Redewettstreits



Foto: Landtag

Stellvertretender israelischer Botschafter zu Gast

Der stellvertretende israelische Botschafter Guy Gilady besuchte am 24. November 2025 den Sächsischen Landtag. Im Gespräch mit Landtagspräsident Alexander Dierks ging es unter anderem um die sächsisch-israelischen Städtepartnerschaften, die Bewerbung des Freistaates Sachsen um ein Holocaust-Bildungszentrum sowie ein mögliches sächsisches Verbindungsbüro in Tel Aviv. Gemeinsam besichtigten Gilady und Dierks den Gedenk- und Begegnungsort am Alten Leipziger Bahnhof in Dresden. Während der NS-Zeit wurden von hier aus Dresdner Jüdinnen und Juden deportiert. Der Besuch des israelischen Gesandten unterstreicht die wachsenden Beziehungen zwischen Sachsen und Israel.



Gedenken am Volkstrauertag

Bei der zentralen Veranstaltung in Sachsen zum Volkstrauertag am 16. November 2025 gedachten zahlreiche Menschen im Plenarsaal der Opfer von Krieg und Gewalt. In seiner Rede betonte Landtagspräsident Alexander Dierks, wie wichtig es mit Blick auf vergangenes Leid gerade in der heutigen Zeit sei, sich aktiv um Frieden zu bemühen. Das zentrale Gedenken veranstaltet der Sächsische Landtag gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Bundeswehr. Am Morgen des gleichen Tages hatte Alexander Dierks auf dem Dresdner Nordfriedhof bereits einen Kranz niedergelegt.

35 Jahre Sächsischer Bibliotheksverband

In Sachsen gibt es rund 450 öffentliche und 43 wissenschaftliche Bibliotheken. Auch der Sächsische Landtag verfügt über eine eigene Parlamentsbibliothek, die Abgeordnete und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung in ihrer Arbeit unterstützt. In dieses Kleinod des Wissens lud der Sächsische Bibliotheksverband anlässlich seines 35-jährigen Bestehens ein. Vor den anwesenden Gästen las Autor Dr. Burkhard Müller aus seinem neuen Buch »Die Elbe – Porträt eines Flusses«.



Foto: Landtag



DER VERGANGENHEIT AUF DER (SPUR)

Jugendliche befassen sich mit der Geschichte ihrer Heimat



Bereits zum 21. Mal waren am 27. und 28. November 2025 die Jugendgeschichtstage zu Gast im Sächsischen Landtag. Am ersten Tag nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Exkursionen und Workshops teil. Der Tag darauf gehörte jenen Geschichtsprojekten, die die Jugendlichen seit Mai selbst entwickelt und durchgeführt hatten.

Geschichten aus ihrer Region, entdeckt an historischen Orten, in Archiven und Briefen, erzählt von Zeitzeugen, festgehalten in Filmen, Ausstellungen oder kreativen Installationen.

Bereits seit zwei Jahrzehnten ermutigt das Programm »Spurensuche« der Sächsischen Jugendstiftung junge Menschen, die Geschichte ihrer Heimat neu zu entdecken. In diesem Jahr hatten seit Mai 17 Jugendgruppen aus ganz Sachsen geforscht, gefragt, gesammelt und gestaltet. Sie entdeckten Spuren, die zeigen, wie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbunden sind – und was Erinnerung für unsere Demokratie bedeutet.

Virtuelle Begegnung mit Zeitzeugen

Der erste Tag stand im Zeichen der Bildung und des Austauschs: In Workshops und Exkursionen beschäftigten sich die Jugend-

lichen mit Themen wie Punk in der DDR oder Schule im Wandel. Ein besonderes Highlight war für viele die mobile Ausstellung »In Echt? – Virtuelle Begegnung mit NS-Zeitzeuginnen und Zeitzeugen« des Branden-



Über zwei Jahrzehnte Geschichtsarbeit

Erinnerungen an die Geschichte lebendig machen, Verantwortung übernehmen, Zukunft gestalten – das ist die Idee hinter den Jugendgeschichtstagen in Sachsen. Am 27. und 28. November 2025 präsentierten junge Menschen aus dem ganzen Freistaat im Sächsischen Landtag die Ergebnisse ihrer Spurensuche:



burgischen Museums für Zukunft, Gegenwart und Geschichte auf dem Landtagsvorplatz. Per VR-Brille konnten Besucher fünf jüdischen Überlebenden begegnen – eine intensive Erfahrung, die Geschichte auf eine neue Weise erfahrbar macht.

Am darauffolgenden Tag begrüßte Landtagspräsident Alexander Dierks, der erneut die Schirmherrschaft über die Jugendgeschichtstage übernommen hatte, die Teilnehmer zur Eröffnung des Projektemarktes im Plenarsaal: »Für mich gehören die Jugendgeschichtstage mit zu den schönsten Veranstaltungen in unserem Parlament. Schon als Schüler war Geschichte eines meiner Lieblingsfächer.« Der Parlamentspräsident bekraftigte, wie wichtig es sei, sich mit der Geschichte zu beschäftigen, denn darauf aufbauend könnten die Gegenwart und Zukunft besser verstanden und gestaltet werden.



Susann Rüthrich, Kinder- und Jugendbeauftragte der Sächsischen Staatsregierung, teilte diese Einschätzung: »Um das Heute zu verstehen, hilft so manches Mal ein Blick zurück.« Die Gegenwart sei gerade für junge Menschen oft herausfordernd und fühle sich unsicher an. Umso wertvoller erscheine es, dass den jungen Menschen bei den Jugendgeschichtstagen zugehört werde, so Rüthrich.

Entdeckungen und Begegnungen

Nach den Begrüßungsworten öffneten sich die Türen des Landtags für die Öffentlichkeit. Im Bürgerfoyer stellten die Jugendlichen ihre Arbeiten auf dem Projektemarkt vor – mit Ausstellungen, Mitmachaktionen, einem Jugendgeschichtstags-Kino und einem gemeinsamen Quiz. Nicht nur die mit viel Engagement gestalteten Stände,

sondern auch die Projektnamen und -beschreibungen weckten Interesse.

Beispielsweise setzte sich das Jugendrotkreuz Muldental im Projekt »Neutral unter roter Fahne?« mit der Rolle seiner Organisation in der DDR-Zeit auseinander. Um etwas darüber herauszufinden, sprachen die Spurensucher mit Zeitzeugen, sichteten Gruppenbücher, alte Zeitungen und Archivmaterial. Der Nationalsozialismus beschäftigte Jugendliche aus Burgstädt und Taura. Sie stellten sich die Aufgabe, Einzelschicksale der NS-Zeit zu recherchieren. In ihrer Präsentation zum Projektemarkt im Landtagsfoyer machten sie auf das Leben und den Tod von Max Scheltig aufmerksam. Dieser wurde aufgrund seiner sexuellen Orientierung von den Nationalsozialisten verfolgt und 1942 umgebracht.

// Dr. Daniel Thieme



Plenarsitzungen

04.02. – 05.02.2026

25.03. – 26.03.2026

12.05. – 13.05.2026

24.06. – 25.06.2026

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter besucherdienst@slt.sachsen.de

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



[www.landtag.sachsen.de/
publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)



[www.landtag.sachsen.de/
veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag und auf
YouTube: youtube.com/@SaechsischerLandtag

